



EU WAHLEN 2014

WAHLPROGRAMM

FÜR EUROPA

DEUTSCHE FASSUNG



TEIL I: GRUNDSÄTZE PRAKTISCH UMSETZEN	2
Europapolitische Grundsätze	2
1. Eine starke grüne Stimme für Luxemburg in Europa	2
2. Umwelt- und Klimaschutz als Priorität	3
3. Soziale Standards, Verbraucherrechte und Umwelt stärken	4
4. Transparenz statt Lobbyismus.....	4
5. Bürgerrechte vor Kommerz, auch im Internet.....	5
6. Ein Europa für Frieden, Integration und Toleranz.....	5
TEIL II: EUROPA ERNEuern UND ZUSAMMENHALTEN.....	7
Europa benötigt einen „Green New Deal“	7
1. Renaissance der Industrie für ein nachhaltiges Europa.....	7
2. Den Grundstein für ein soziales Europa legen.....	8
3. Solidarität, Solidität und Nachhaltigkeit.....	8
4. Die Finanzindustrie unter Kontrolle bringen.....	9
5. Gerechte und effiziente Besteuerung	9
Ein Planet, unsere Heimat	11
6. Klimawandel und ökologische Krise zur Priorität machen	11
7. EU-Klima- und Energiepolitik	11
8. Nachhaltigkeit ins Zentrum rücken.....	12
9. Priorität für grünen Verkehr.....	12
10. Gesundheit schützen	13
11. Essen statt Agrosprit	13
12. Bessere Lebensmittel für ein besseres Leben	14
13. Ökologisierung der Landwirtschaft.....	14
14. Keine Gentechnik in den Lebensmitteln	15
15. Mehr Fische im Meer	15
16. Tierschutz	15
Europas Verantwortung in der Welt.....	16
17. Menschenrechte ernst nehmen.....	16
18. Friedenspolitik	17
19. Asyl- und Einwanderungspolitik	18
20. Klimawandel.....	18
21. Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung.....	19
22. Eine alternative Sicherheitspolitik.....	19
23. Internationale Handelsbeziehungen.....	20
Für eine lebendige Demokratie	21
24. Keine Demokratie ohne Geschlechtergleichstellung	21
25. Bürger und Bürgerinnen entscheiden mit	21
26. Die Rolle der Abgeordneten stärken	21
27. Kampf gegen Korruption und Betrug.....	22
28. Mehr eigene Ressourcen für den EU-Haushalt.....	23
29. Eine digitale Grundrechtecharta	23
30. Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.....	23
31. Eine grüne demokratische Reform der EU.....	24
32. Für eine lebendige Kultur	24
33. Sport.....	25

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

Umwelt, Bürgerrechte, Frieden, Arbeit für alle, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gehören für déi gréng ins Zentrum der Luxemburger Europapolitik. Das vorliegende Programm basiert auf der Arbeit der letzten fünf Jahre, in denen die grünen Abgeordneten im Europaparlament vereint vorangegangen sind und oft den Ausschlag gegeben haben für umweltpolitische, soziale und finanzpolitische Verbesserungen. Unter grüner Federführung ist auch die Kontrolle der Lobbys verbessert und ein Verhaltenskodex für Europaabgeordnete geschaffen worden.

Die europäische Union hat für Frieden in Europa gesorgt und dafür, dass die Menschen aus 28 Ländern zusammenarbeiten, um gemeinsam die kommenden Herausforderungen zu meistern. Europa bleibt unsere Zukunft, doch die derzeitige Politik der EU, oft unter konservativer und rechtsliberaler Mehrheit, hat viele Mängel: Natürliche Lebensgrundlagen, Umweltschutz sowie soziale Rechte und zivile Bürgerrechte kommen immer mehr unter die Räder. Wir brauchen national und europäisch einen neuen Anlauf, um diese Ideale grüner Politik in einer globalisierten Welt voranzubringen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre hat ebenfalls gezeigt, dass die politische Kooperation in der Europäischen Union verstärkt werden muss. Dies gilt für das demokratische Zusammenspiel des Rates, der EU-Kommission und des Europaparlamentes, aber auch für den solidarischen Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

déi gréng wollen ein vereintes Europa, das demokratisch regiert wird und in dem Lobbyinteressen zurückgedrängt werden. Ein Europa, das seine Wirtschaft und Energieversorgung auf ein umweltfreundliches und nachhaltiges Fundament stellt. Ein Europa, das gemeinsam, fair und solidarisch vor allem das Gemeinwohl im Auge hat, die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger verteidigt sowie die Rechte und Würde der Flüchtlinge schützt.

Am 25. Mai entscheiden Sie darüber, wer Luxemburg im Europaparlament vertreten wird und welche Politik dadurch gestärkt wird. Wir kämpfen mit Überzeugung für die europäische Einigung und den Zusammenhalt der Menschen in Europa. Damit stellen wir dem antieuropäischen Populismus von rechts eine deutliche Aussage entgegen: Europa muss sich ändern. Doch es bleibt unsere gemeinsame Zukunft. Machen Sie mit!

TEIL I: GRUNDSÄTZE PRAKTISCH UMSETZEN

Europapolitische Grundsätze

1. Eine starke grüne Stimme für Luxemburg in Europa

Das Europa-Parlament hat in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen, vor allem dank der erweiterten Mitentscheidungsbefugnis: Es entscheidet nun auf gleicher Augenhöhe mit den EU-Regierungen über viele Politik- und Lebensbereiche der Menschen in Europa. Deswegen ist es wichtig, wie die Luxemburger Interessen im europäischen Parlament vertreten werden.

déi gréng wollen die Luxemburger Europapolitik neu gestalten. Unser Land ist wie kein anderes existenziell von der weiteren Entwicklung der Europäischen Union abhängig. Doch Luxemburg gilt mittlerweile in vielen wirtschafts- und finanzpolitischen Bereichen als Gegner einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit und hat zunehmend sein wichtigstes außenpolitisches Kapital - seine Reputation - aufs Spiel gesetzt. Diese Isolierung ist auch die direkte Folge des Mangels an Transparenz und des großen Gewichts einflussreicher Industrie- und Banken-Lobbys in der Luxemburger Europapolitik.

déi gréng werden die Europapolitik in den Mittelpunkt der politischen Diskussion in Luxemburg rücken und ihre Transparenz und demokratische Kontrolle deutlich erhöhen. Das Ziel der Luxemburger Europapolitik muss darin bestehen, die Interessen des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger längerfristig zu schützen und dabei auf den Stärken des Landes aufzubauen. Gleichzeitig soll Luxemburg sich europa- und weltweit Herausforderungen wie Klimaschutz, Jugendarbeitslosigkeit, hohen Sozialstandards und Finanzregulierung konsequent stellen. Nur so können unsere Reputation und unser politisches Gewicht wieder gestärkt werden.

Luxemburg wird allein nicht in der europäischen Arena bestehen können und darf sich europapolitisch nicht isolieren. Wir müssen noch engagierter Allianzen schmieden sowohl auf der Ebene der EU-Regierungen als im Europäischen Parlament. Unser Land muss generell konstruktiver vorgehen und dabei auch in umwelt- und sozialpolitischen Dossiers wieder mehr Flagge zeigen: Wir sollten uns den Herausforderungen der Finanzökonomie und des Klimawandels stellen. Statt auf der Blockadehaltung zu bestehen, sollten wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Finanzökonomie besser kontrollieren und den Klimawandel begrenzen.

Gerade als kleines Land innerhalb der EU sind wir darauf angewiesen, dass die institutionellen Prozeduren transparent und demokratisch abgesichert werden. Unsere Europapolitik sollte deshalb eher die Rolle der nationalen und europäischen Parlamente in der Entscheidungsfindung stärken, als jene des Rates der Regierungen. Die Zukunft der EU darf nicht von Regierungschefs in Hinterzimmern entschieden werden. Wir möchten auch die Bürgerinnen und Bürger stärker in die europäische Politik einbinden, beispielsweise durch die Europäische Bürgerinitiative, aber auch indem wir den Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften eine stärkere Stimme und Mitbestimmung in der Europapolitik geben.

déi gréng werden der Europapolitik mehr Raum und Gewicht in der politischen Diskussion in Luxemburg geben und ihre Transparenz und demokratische Kontrolle deutlich erhöhen. Für eine bessere Europapolitik wollen wir:

- in der parlamentarischen Kommission zur Außen- und Europapolitik die nationalen Abgeordneten gemeinsam mit den Luxemburger Europaabgeordneten über neue und relevante Vorschläge der EU-Kommission beraten lassen. Auf diese Weise können Entwürfe für Richtlinien und Regulierungen bereits ab einem frühen Stadium diskutiert und die Verhandlungsposition der Regierung im EU-Rat gefestigt werden.

Dabei werden auch die NGOs, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und andere Akteure aus der Gesellschaft einbezogen, um die Strategien der Umsetzung frühzeitig zu besprechen;

- die Positionierung Luxemburgs im EU-Rat transparent machen und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend über die Luxemburger Positionen auf Ebene der Arbeitsgruppen und Ratssitzungen informieren;
- es den Abgeordneten ermöglichen, ihren Aufgaben im Bereich der Kontrolle der Luxemburger Europapolitik besser nachzukommen;
- nach Möglichkeit die Europawahlen weiterhin getrennt von den Nationalwahlen abhalten;
- der Luxemburger Zivilgesellschaft mehr Möglichkeiten zugestehen, um sie bei ihrer Aufgabe im Bereich der Kontrolle der Luxemburger Europapolitik zu unterstützen; da viele Luxemburger in europäischen Verbänden aufgrund ihrer Sprachkenntnisse eine herausragende Rolle spielen, sollte die Regierung auch diese „Botschafter“ Luxemburgs gezielt unterstützen;
- ein nationales Lobbyregister schaffen, um die Arbeit der Interessenvertretungen transparenter werden zu lassen und besser zu kontrollieren. Interessengruppen, die an die Regierung und nationale Abgeordnete oder Europaabgeordnete herantreten, müssen in diesem Register angeben, welchen Aktivitäten sie in diesem Rahmen nachgehen und welche finanziellen Mittel sie genau dafür einsetzen.

Luxemburg als politisches Zentrum Europas stärken

Luxemburg ist neben Brüssel eine der wichtigsten EU-Hauptstädte. déi gréng setzen sich dafür ein, dass alle in Luxemburg ansässigen EU-Institutionen und Verwaltungen weiterhin im Land bleiben. Damit diese nach wie vor in Luxemburg gedeihen, muss Luxemburg aber dafür sorgen, dass sich deren Arbeitsbedingungen verbessern. Dazu zählt einerseits der kontinuierliche Ausbau der schnellen Datenverbindungen zwischen den einzelnen Standorten Europäischer Institutionen in Luxemburg. Andererseits muss sich verstärkt dafür eingesetzt werden, das Land besser an das internationale Hochgeschwindigkeits-Schienennetz anzubinden. Das gilt insbesondere für die Verbindung nach Brüssel.

2. Umwelt- und Klimaschutz als Priorität

Die EU-Standards in den Bereichen Luft- und Wasserqualität sowie Naturschutz geraten immer mehr durch anti-europäische Bewegungen und sektorielle Industrielobbys in Gefahr.

Wir wollen die gemeinsame Umwelt- und Klimapolitik schützen und weiter ausbauen, denn sie schützt unsere Gesundheit und Lebensqualität. Nachhaltigkeit soll zur Grundlage unseres Wirtschaftens werden. Anstatt an schnellem Gewinn und rücksichtsloser Plünderung endlicher Ressourcen, möchten wir die Wirtschafts- und Finanzpolitik am Gemeinwohl und an der Förderung sozialer Gerechtigkeit ausrichten. Wir wollen nicht gegen, sondern im Einklang mit der Natur arbeiten und stellen den Menschen, das Klima und unsere Umwelt in den Mittelpunkt.

Energieeffizienz mindert die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Sie bietet wirtschaftliches Potenzial für Anbieter von Effizienztechnologie sowie Einsparpotenzial für die Energieverbraucher. Die EU-Kommission bestätigt: 20 Prozent mehr Energieeffizienz würden fast 200 Mrd. Euro einsparen und Hunderte fossile oder atomare Kraftwerke in der EU überflüssig machen. Die Umsetzung und weitere Verbesserung der von unserem grünen Europaabgeordneten Claude Turmes ausgehandelten Richtlinie zur EU-Energieeffizienz bleibt unsere Priorität neben dem Einsatz für den Ausbau erneuerbarer Energien, für saubere Luft, besseren Wasserschutz und eine rohstoffsparsame Produktpolitik.

3. Soziale Standards, Verbraucherrechte und Umwelt stärken

Der europäische Binnenmarkt hat die europäischen Unternehmen gestärkt und sie auf die Globalisierung vorbereitet. Er ist gerade für die luxemburgische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Doch déi gréng wehren sich entschieden dagegen, den Binnenmarkt dazu zu missbrauchen, soziale oder ökologische Standards aufzuweichen. Wir wollen einen Binnenmarkt, der seine Chancen in Innovation, Verbesserung der Lebensqualität und sozialem Fortschritt nutzt und sie nicht im Umwelt- und Sozialdumping sieht.

Skandalöse Dumpinglöhne und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Bausektor, in der Fleischverarbeitung, den Gebäudedienstleistungen usw., sollen EU-weit unterbunden werden. In der Europäischen Union muss Sozialdumping bekämpft und müssen Ausnahmeregelungen bei Sozialstandards abgeschafft werden.

Der Binnenmarkt darf auch den Schutz von qualitativ hochwertigen und bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen nicht in Frage stellen: zum Beispiel gute Wasserversorgung, Abfallentsorgung, ein leistungsfähiger Personennahverkehr, soziale oder kulturelle Dienstleistungen sowie Dienstleistungen im Bereich von Gesundheit und Erziehung. Um dies gewährleisten zu können, brauchen insbesondere die Gemeinden genügend Gestaltungs- und Organisationsspielraum. Zur Zählung einer uneingeschränkten Liberalisierung der Märkte gehört auch ein besserer Verbraucherschutz: Die Etikettierung der Lebensmittel muss einheitlich auf den Schutz und die bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher ausgerichtet sein. Ausbeuterische, unwürdige oder gesundheitsgefährdende Produktions- und Herstellungsbedingungen sind ebenfalls nicht akzeptabel. Wir setzen uns deshalb für eine transparente Kennzeichnung und die Einhaltung ökologischer, sozialer und Fairtrade-Standards ein. Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich der Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Nur so können wir uns im Alltag ganz bewusst für die richtigen Produkte und Firmen entscheiden.

Derzeit wird über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt. déi gréng widersetzen sich der fehlenden Transparenz in diesen Verhandlungen und werden sich, zum Schutz von Gesundheit, Umwelt und starken Bürgerrechten, gegen den Abbau der in Europa geltenden Normen einsetzen.

4. Transparenz statt Lobbyismus

Wir wollen ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in ihre gewählten politischen Vertreter haben können, weil diese dem öffentlichen Wohl dienen und nicht den Interessen der Lobbys.

Unser Ziel ist ein EU-weites, offenes und transparentes Regieren – von der lokalen, über die nationale bis zur europäischen Ebene. Mehr Transparenz in den Beratungs- und Entscheidungsverfahren macht Politik nachvollziehbar und ermutigt Bürgerinnen und Bürger sich einzumischen. Transparenz hilft, den Einfluss von Lobbyisten zu beschränken und ist das beste Mittel gegen Korruption. Mit einem verbindlichen europäischen Transparenzregister möchten wir für mehr Lobbykontrolle auch in den nationalen Hauptstädten sorgen. Der Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen für das Lobbying in Brüssel muss strikt begrenzt werden; entsprechende Veröffentlichungspflichten wollen wir ausbauen.

Auch auf nationaler Ebene möchten wir ein Register schaffen, um die Arbeit der Interessenvertretungen transparenter zu machen und besser zu kontrollieren. Unlauteres Lobbying gibt es neben Brüssel und Straßburg in noch stärkerem Ausmaß in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten, egal ob in Berlin, Paris, London oder Luxemburg.

5. Bürgerrechte vor Kommerz, auch im Internet

Für déi gréng ist Datenschutz ein elementares, zeitgemäßes Bürgerrecht. Im digitalen Zeitalter lebt die Demokratie davon, dass Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt über den Umgang mit ihren Daten entscheiden, dass es Raum für Privatheit gibt und gleichberechtigten Zugang zum Internet. Nur mit einem einheitlichen starken EU-Datenschutz, so wie er vom grünen Berichterstatter im Europäischen Parlament durchgesetzt und jetzt in den Verhandlungen mit den Regierungen eingebracht wurde, können wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger effektiv schützen und hohe internationale Standards durchsetzen.

Die geheimdienstliche Ausspähung von EU-Institutionen, auch durch EU-Mitgliedstaaten, ist inakzeptabel und muss durch internationale Regelungen gestoppt werden. Wir fordern eine grundsätzliche Neuregelung der Geheimdienstarbeit von allen Mitgliedstaaten und die Verpflichtung, gegenseitige Spionageaktionen zu beenden. Unternehmen muss es verboten sein, Daten von EU-Bürgerinnen und Bürgern in Drittstaaten auszulagern, bzw. an diese weiterzugeben, wenn diese die strengen EU-Datenschutzregeln nicht respektieren.

Zudem fordern wir einen engagierten Einsatz der Europäischen Union für internationale Schutzmaßnahmen gegen Cybermobbing und Cyberkriminalität, Phänomene, die immer mehr Einfluss auf das Alltagsleben der EU-Bürgerinnen und -Bürger nehmen und nationalrechtlich nicht gelöst werden können.

6. Ein Europa für Frieden, Integration und Toleranz

Forderungen nach Ausweisung für Unionsbürger und -bürgerinnen unter dem falschen Vorwurf des Bezuges von Sozialleistungen sind ebenso populistisch, wie europarechtswidrig. Die Freiheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich dort niederzulassen, wo sie hoffen, Arbeit zu finden, ist nicht nur eine zentrale Errungenschaft der EU, sie stärkt unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme. Das ist nirgends sichtbarer als in Luxemburg.

Wir kämpfen europaweit gegen jede Art von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität, Religionszugehörigkeit oder Nationalität und fordern auch europaweite Standards im Bereich der Abtreibungsrechte und Sterbehilfe. Viele Mitgliedsstaaten erkennen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare oder die registrierte Partnerschaft nicht an. Lebenspartner und -partnerinnen werden dann als Ledige behandelt. Das schränkt de facto das Recht auf die freie Wahl unseres Wohn-, Aufenthalts- und Arbeitsortes ein. Wir fordern deshalb die EU-weite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungspositionen ist überfällig. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Union für eine verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten großer Firmen. Aber auch für die Führungsgremien der EU-Institutionen – wie zum Beispiel der Europäischen Zentralbank – muss eine paritätische Besetzung verpflichtend werden. Parteien und nationale Regierungen sollen Maßnahmen für die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen ergreifen, wie z.B. die Einführung paritätischer Wahllisten für die Europawahl.

Der europaweite Austausch jugendlicher SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildender ist ein erfolgreiches Instrument gegen Intoleranz, nationale Stereotypen und Rassismus. Diese Anstrengungen müssen fortgeführt werden, denn sie tragen dazu bei, den populistischen und extremistischen Parteien am rechten Rand der Gesellschaft das Wasser abzugraben. Genauso wollen wir Flüchtlingen in der gesamten Union gemeinsame und faire Standards bei Asylverfahren bieten, damit eine menschenwürdige und solidarische Asylpolitik möglich wird.

Luxemburg beteiligt sich bereits heute an der Beseitigung von Kriegsschäden z.B. durch seine Minenräumeinheit: déi gréng unterstützen diese Initiativen. Wir wollen aber auch, dass das

Knowhow des Außenministeriums in Konfliktprävention ausgebaut wird. Deshalb schlagen wir vor an der Uni Luxemburg, in Zusammenarbeit mit den bestehenden Instituten, Aktivitäten zu bündeln, die sich mit Menschenrechten und Geopolitik beschäftigen, und sich gegebenenfalls an einem angesehenen europäischen Friedensinstitut zu beteiligen, beziehungsweise einem solchen eine konkrete Zusammenarbeit mit der UNI.LU anzubieten.

TEIL II: EUROPA ERNEUERN UND ZUSAMMENHALTEN

Europa benötigt einen „Green New Deal“

Die Europäische Union hat in der gegenwärtigen Krise ihr Versprechen des sozialen Fortschritts gegenüber vielen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht eingehalten. Grund dafür ist die Uneinigkeit im Umgang mit der Finanzkrise, bei der sich die Mehrheit der europäischen Regierungen und Europaabgeordneten mit ihrer Politik einer blindwütigen Austerität und Sparpolitik auf Kosten der sozialen Rechte durchgesetzt haben.

Statt einer sozial und ökologisch blinden Sparsamkeit schlagen déi gréng, gemeinsam und im Verbund mit der Europäischen Grünen Partei, den „Green New Deal“ vor, drei stimmige Wege in Richtung Nachhaltigkeit:

- die verstärkte Regulierung der Finanzindustrie, damit sie der Realwirtschaft dient;
- den Umbau unserer Volkswirtschaften mit neuen ökoeffizienten Lösungen, um dem Klimawandel und der Umweltzerstörung zu begegnen;
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Armut und aller Arten der sozialen Ungerechtigkeit.

1. Renaissance der Industrie für ein nachhaltiges Europa

Wir wollen die europäische Wirtschaft zur globalen Vorreiterin der Energie- und Ressourceneffizienz machen, aufbauend auf erneuerbaren Energien statt auf fossilen und Kernbrennstoffen. Diese Offensive einer nachhaltigen, grünen Industrie wird viele neue Arbeitsplätze in unterschiedlichen Industriesektoren schaffen.

Die Industrie und das Handwerk sind wichtige Partner bei dieser innovationsorientierten grünen Transformation. Dazu brauchen wir auch Regeln, die Ökodesign fördern, einen verbesserten Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe, private Investitionen, Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, bessere Finanzierung von Bildung, Forschung und Entwicklung, Förderung des Unternehmertums und der Demokratie am Arbeitsplatz.

Nach der überzogenen Austeritätspolitik der letzten Jahre, die auch einen dramatischen Investitionseinbruch nach sich zog, muss jetzt endlich wieder mehr in zentrale Bereiche der Infrastrukturen investiert werden. Programme zur Modernisierung des bestehenden Häuserbestandes, Investitionen in Wind und Solarenergie sowie ihrer Zuliefererindustrie und der Ausbau der Netze (Strom, Daten und Eisenbahn) sollten zur Priorität gehören. Ein Projekt von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien, damit unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen abgebaut wird.

déi gréng begrüßen, dass nach dem Einbruch ihrer Kreditvergabe in den Jahren 2011 und 2012 die Europäische Investitions Bank (EIB), die größte öffentliche Investitionsbank der Welt mit Sitz auf Kirchberg, 2013 ihre Kreditvergabe wieder im Sinne der Investitionen in die EU-Wirtschaft und -Infrastruktur um 30 Milliarden erhöht hat. In den nächsten Jahren sollte diese Kreditvergabe weiter erhöht werden, unter anderem durch eine intelligente Verknüpfung mit den Möglichkeiten des EU-Budgets (Struktur- und Forschungsfonds). Der Bankplatz Luxemburg sollte die Schnittstellen nutzen, die zwischen den in Luxemburg ansässigen europäischen Finanzinstitutionen und Investmentfonds sowie der Luxemburger Börse entstehen, um sich im Bereich der Finanzierung von innovativen Start-Ups als zentraler Investmentstandort der EU-Wirtschaft zu etablieren.

2. Den Grundstein für ein soziales Europa legen

Soziale Gerechtigkeit ist ein Grundwert Europas. Doch in den letzten 30 Jahren sind die Ungleichheiten bei Einkommen und Wohlstand gestiegen. Der Mangel an Strukturreformen, eingeführte Sparmaßnahmen und fehlende Investitionen in die Zukunft haben alles noch verschlimmert, so dass eine zunehmende Anzahl von Europäerinnen und Europäern jetzt keinen Zugang mehr zur medizinischen Grundversorgung hat.

Eine der zentralen Ursachen der Ungleichheit ist die weit verbreitete Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen. Politische Maßnahmen, wie die europäische Jugendgarantie, werden keine Abhilfe schaffen, solange sie nicht angemessen finanziert sind. Vor allem aber müssen sie von einer Politik begleitet werden, die viele Arbeitsplätze schafft.

Europa muss dem Sozialdumping ein Ende bereiten, beispielsweise den Null-Stunden-Verträgen, bei denen keine festen Arbeitszeiten gelten, den Minijobs und ausbeuterischen Praktika. déi gréng treten für soziale Mindeststandards ein, insbesondere bei der Arbeitsplatzqualität und -sicherheit, dem Einkommen, der öffentlichen Gesundheitsversorgung und den Renten. Wir wollen eine bessere Übertragbarkeit der sozialen Rechte zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Wir wollen Arbeitnehmergewerkschaften genauso stärken wie das Recht der Arbeiterinnen und Arbeiter, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Um zu verhindern, dass Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden, müssen grenzüberschreitende Tarifverträge gestärkt werden, europäische Betriebsräte in europäischen Betrieben die Regel werden und die nationalen Mindestlöhne graduell harmonisiert werden.

Die Europäische Zentralbank muss Beschäftigung zu einem ihrer politischen Ziele erheben. Für ein besseres und integrativeres Europa müssen wir auch die sich ausbreitende Kinderarmut und Obdachlosigkeit bekämpfen.

Zur Sicherung des sozialen Ausgleichs in Europa muss die Europäische Union sich mit der zunehmenden Abwanderung von Fachkräften aus den Randregionen und der Ausbeutung der WanderarbeitnehmerInnen auseinandersetzen. Dabei muss das Grundrecht auf Freizügigkeit anerkannt werden.

déi gréng fördern die Emanzipation der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss zu einer EU-weiten Norm werden, genau wie die paritätische Vertretung von Frauen in Unternehmensvorständen. Eine Familie zu haben, sollte weder für Frauen noch für Männer ein Hindernis für eine erfolgreiche Karriere sein.

3. Solidarität, Solidität und Nachhaltigkeit

Wir lehnen den derzeit im Europäischen Rat diskutierten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ab, da er weiter zur Verschärfung der Krise beitragen wird. Dieser Pakt zielt auf eine Europäisierung jener Einschnitte in das Sozialsystem, die bislang in den Laboratorien der europäischen „Krisenstaaten“ (Irland, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern) unter dem Taktschlag der „Troika“ erprobt wurden. Deren Lösungsvorschläge gehen in die falsche Richtung, denn sie führen zu Lohnkürzungen, zur Reduzierung der Sozialschutzsysteme und der Privatisierung öffentlicher Güter. Finanzielle Tragfähigkeit muss mit einer gleichermaßen starken sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit einhergehen. Die blinde Austerität, wie sie in der jüngsten Wirtschaftskrise verordnet wurde, führt nicht aus der Krise heraus.

Beim Kampf gegen Überschuldung müssen wir auf eine Balance zwischen nötiger Entschuldung und notwendigen sozialen Schutzmaßnahmen und Investitionsprogrammen achten. Die Europäische Union sollte die Entschuldung durch einen gemeinsamen EU-Schuldentilgungsfonds angehen.

4. Die Finanzindustrie unter Kontrolle bringen

Fünf Jahre nach Beginn der Finanzkrise werden unsere Finanzsysteme immer noch von systemrelevanten Banken beherrscht, deren Insolvenzen zu einer Bedrohung für unsere gesamten Volkswirtschaften würden. Bankenrettungspakete haben die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Milliarden gekostet. Das darf sich niemals wiederholen. Wir brauchen einen der Größe angepassten, diversifizierten und widerstandsfähigen, der Gesellschaft dienenden europäischen Finanzsektor, der dazu beiträgt, nachhaltige Investitionen in die Realwirtschaft sicherzustellen.

Wir fordern die Trennung des Investmentbankings vom Kredit- und Einlagengeschäft. déi gréng haben stark dazu beigetragen, dass Finanzprodukte, die keinen Nutzen für die Realwirtschaft aufzeigen, jedoch Potenzial in sich bergen, das Finanzsystem aus dem Gleichgewicht zu bringen, vom europäischen Markt genommen werden können. Wir wollen gewährleisten, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher für alle angebotenen Finanzdienstleistungen eine gute und unabhängige Beratung erhalten.

déi gréng treten für eine einheitliche Regulierung von Finanzdienstleistungen ein, damit Finanzvorschriften demokratischer, strenger, weniger komplex und unbürokratischer werden. Diese Regulierung muss die Größe und das Geschäftsmodell der Finanzinstitutionen berücksichtigen und sollte keine weitere Marktkonzentration zum Nachteil kleiner Banken unterstützen.

Die europäischen Grünen haben aktiv zur Stabilisierung der europäischen Banken beigetragen: durch das Verbot von nackten Leerverkäufen, durch die Eindämmung der Banker-Boni, die Transparenz von Tätigkeiten in Steueroasen und die verstärkte Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank. Außerdem wurde die Bankenaufsicht einer demokratischen Rechenschaftspflicht gegenüber dem EU-Parlament unterworfen. Auf diese Erfolge müssen wir aufbauen. Wir sprechen uns für eine europäische Bankenunion aus, in der die gemeinsame Aufsicht unserer Banken in einer einzigen Behörde zusammengeführt wird, mit einem gemeinsamem Fonds zur Restrukturierung gescheiterter Banken und dem gemeinsamen Versicherungssystem für Einlagen bis zu 100.000 Euro.

5. Gerechte und effiziente Besteuerung

Zurzeit liegt der größte Teil der Steuerlast auf den Schultern der am stärksten benachteiligten Bürgerinnen und Bürger sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Währenddessen gehen innerhalb der EU geschätzte 1.000 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung und -betrug verloren. Unser Ziel ist die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit und -effizienz. Wir unterstützen die Finanztransaktionssteuer, auch wenn mächtige Lobbys sich diesem Plan widersetzen.

Wir sind der Meinung, dass große Konzerne und vermögende Privatpersonen ihren gerechten Anteil beisteuern sollen, weshalb wir für einen gemeinsamen europäischen Ansatz für die Körperschaftssteuer, einschließlich Mindestsätze und eine EU-weit koordinierte Vermögenssteuer eintreten. Wir unterstützen den politischen Druck gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und das Bankgeheimnis.

Auf der Ausgabenseite kämpfen déi gréng ausdrücklich gegen übertriebene Ausgaben, die sich zudem negativ auf die Umwelt auswirken, wie beispielsweise Subventionen für fossile und atomare Brennstoffe. Das gemeinsame Managen von öffentlichen Verschuldungsaltslasten durch die Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds und durch die Emission von Schuldeninstrumenten (Eurobonds), unter Beachtung klar definierter und realistischer Regeln zur Steuerdisziplin, ist ein wichtiger Schritt, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten. Zur Wiederbelebung der Volkswirtschaften in Krisenzeiten und zur Wahrung der Währungseinheit sprechen wir uns für die Aufstockung des EU-Haushalts aus, damit auch die Europäische Union

die Konjunktur gegebenenfalls gezielt stützen kann.

Ein Planet, unsere Heimat

6. Klimawandel und ökologische Krise zur Priorität machen

Der Klimawandel und der Verlust der Biodiversität bedeuten nicht nur Umweltprobleme, sondern stellen auch weltweit eine Gefahr für das Leben der Menschen dar. Angesichts der Wirtschaftskrise ist die ökologische Krise in den Hintergrund getreten, aber die Lage ist ernst und Lösungen sind dringend erforderlich.

Es bestehen genauso wenig Zweifel an der Rolle des Menschen bei der Verursachung des Klimawandels wie an den katastrophalen Folgen des Nichtstuns. Ohne eine grundlegende Veränderung unseres Konsum- und Produktionsverhaltens ist ein dramatischer Klimawandel unvermeidbar. Der Verlust der Biodiversität wächst exponentiell, der Abbau natürlicher Ressourcen wird bald die ökologische Leistungsfähigkeit unseres Planeten überfordern und Luft und Wasser werden immer stärker belastet, mit nicht auszumachenden Folgen für das Wohlergehen der Menschen.

Dagegen setzen déi gréng eine Politik der Ressourceneffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Gekoppelt mit einer Lebens- und Wirtschaftsweise, die dem übermäßigen Verbrauch von Gütern und somit von Rohstoffen und Energie ein Ende setzt, fördern sie einen umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Wohlstand.

7. EU-Klima- und Energiepolitik

Wir wollen eine engagierte Klima- und Energiepolitik, bestehend aus europäischen, nationalen und regionalen Initiativen, um die Einhaltung der Klimaziele zu gewährleisten. So würde Europa den Weg einer nachhaltigen wirtschaftlichen Transformation einschlagen und dem verheerenden Klimawandel Einhalt gebieten. Vom 2015 in Paris stattfindenden UN-Klimagipfel (COP21) wird ein verbindliches weltweites Abkommen erwartet, aber die Uhr tickt und die Europäische Union muss eine führende Rolle übernehmen. Das bedeutet, die bestehenden und veralteten Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen für 2020 müssen von 20 % auf 30 % erhöht werden. Um das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft bis 2050 zu erreichen, müssen die klimaschädlichen Emissionen bis 2030 um mindestens 55% reduziert werden, gemessen am Referenzjahr 1990.

Die Wiederbelebung des Emissionshandels der Europäischen Union ist unerlässlich und deshalb muss ein angemessener Preis für CO₂-Emissionen gezahlt werden. Unternehmen müssen dazu gebracht werden, klimaschädliche Anlagen aufzugeben. Öffentliche Subventionen für und Investitionen in fossile und atomare Brennstoffe sollten beendet werden. Wir wollen in europäische Energienetze investieren, die Erzeugung erneuerbarer Energien in unterschiedlichen Teilen des Kontinents miteinander verbinden und auf diese Weise die Sicherheit der Energieversorgung erhöhen und Kosten reduzieren.

Eine kohärente Energiepolitik, die auf Energieeinsparungen, Energieeffizienz sowie erneuerbaren Energien aufbaut, ist der einzige Weg um bis 2050 eine fast vollständig auf erneuerbaren Energien basierende Wirtschaft zu erreichen. Demzufolge sind weitere verbindliche nationale Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien unerlässlich. Unser Energieverbrauch muss in den nächsten 15 Jahren um 40 % reduziert werden und gleichzeitig muss der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 45 % steigen. Das ist nicht nur für die Eindämmung der globalen Erwärmung auf unter 2° C unabdingbar, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, da es die Konjunktur belebt, Arbeitsplätze schafft und Europas Abhängigkeit von teuren Kraftstoffen senkt. Heute gibt Europa pro Jahr doppelt so viel für Energieimporte aus wie für Forschung und Entwicklung.

Die Industrien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben der aktuellen Wirtschaftskrise getrotzt und sollten daher als Lösung für wirtschaftliche Herausforderungen angesehen werden und nicht als Hindernisse.

Atomenergie ist teuer und risikoreich, sie hat in diesen Zukunftsszenarien keinen Platz. Mit „Atomenergie? Nein danke!“ werden wir weiterhin unser Engagement verstärken, um Atommeiler in Europa auslaufen zu lassen. Die bedenklichsten Kernkraftwerke müssen sofort stillgelegt, direkte und indirekte Subventionen beendet werden. Wir werden des Weiteren auf unserer Forderung bestehen, dass die Betreiber bei einem Zwischenfall die gesamte Haftung übernehmen - auch für die Folgen des radioaktiven Niederschlags, der durch Reaktorunfälle verursacht wird.

Schiefergas und weitere unkonventionelle fossile Brennstoffe wirken sich nachteilig auf Gesundheit und Umwelt aus. Ein sofortiges Verbot des hydraulischen „Öl-Fracking“ ist unbedingt notwendig. Daher werden wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Betroffenen unsere Kampagne für ein solches Verbot fortsetzen. Es ist höchste Zeit, Schiefergasförderung zu verbieten!

8. Nachhaltigkeit ins Zentrum rücken

Nachhaltigkeit muss im Zentrum jeder großen wirtschaftlichen Entscheidung stehen. Wir wollen, dass der Schutz von Umwelt und Biodiversität sowie die nachhaltige Entwicklung internationale Priorität erhalten. Wir schlagen deshalb die Schaffung einer Weltumweltorganisation vor. In ihr sollen die unterschiedlichen Agenturen innerhalb der UNO vereint und ihre Rolle ausgebaut werden.

Lebensqualität hängt nicht allein von dem zur Verfügung stehenden Einkommen ab. Deshalb brauchen wir neue Indikatoren als Maßstab für nachhaltigen Wohlstand und Wohlergehen, die das Bruttoinlandprodukt ergänzen.

Die vielfältige natürliche Umwelt in Europa ist wunderschön und mehr als nur Geld wert. déi gréng wissen: Nachhaltige Entwicklung bedeutet, klug mit den natürlichen Ressourcen umzugehen, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder diesen natürlichen Reichtum für ihr Leben vorfinden. Derzeit leben wir jedoch weit über unsere Verhältnisse, wir verbrauchen mehr natürliche Ressourcen, als wieder erneuert werden können. Wir verschmutzen Luft, Boden und Wasser, weil wir gefährliche Stoffe verwenden.

9. Priorität für grünen Verkehr

Flug- und Straßenverkehr gehören zu den Hauptverursachern von Treibhausgasen, von Luftverschmutzung und Lärm. Durch die Verwendung von fossilen Brennstoffen ist die Europäische Union abhängig von Energieimporten und deren steigenden Preisen. déi gréng wollen nachhaltigere und weniger umweltschädliche Verkehrsträger fördern, wie z. B. den Schienenverkehr. Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-T) müssen der Schiene Vorrang vor der Straße und der Luftfahrt einräumen, besonders was den Gütertransport angeht. Die Verbesserung der Energieeffizienz von Autos trägt dazu bei, die Treibhausgase zu reduzieren und die Benzinkosten der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu mindern. Darüber hinaus wollen wir Innovationen vorantreiben, damit elektrische Fahrzeuge attraktiver werden.

10. Gesundheit schützen

Europa- und weltweit hat die moderne Medizin beeindruckende Erfolge gegen Infektionskrankheiten, in der Akut- und Notfallmedizin, bei lebenserhaltenden diagnostischen und operativen Techniken erreicht. Dadurch hat die mittlere Lebenserwartung sich ständig erhöht. Ständig gestiegen sind allerdings auch die Kosten in den Gesundheitssystemen, in der Pflege sowie durch frühzeitige Berufsunfähigkeitsrenten. Zum Teil liegt dies an den zunehmenden langjährigen chronischen Krankheiten: Herz-Kreislaufprobleme, Allergien, Asthma, Diabetes, Krebs, neuro-degenerative Erkrankungen, Autoimmunität usw. Genau wie zunehmende Allergien, Asthma, ADHS bei Kindern und Jugendlichen sind diese Krankheiten vor allem lebensstil-, ernährungs- oder umweltbedingt.

Einerseits nehmen Früherkennung und individualisierte Präventivprogramme in den europäischen Ländern einen immer wichtigeren Raum ein – Anti-Tabak oder Alkoholkampagnen, Ernährungs- und Bewegungsprogramme. Andererseits konnte eine wirklich umfassendere präventive Verbraucherschutz-, Umwelt- und Gesundheitspolitik sich auf nationaler und EU-Ebene immer noch nicht ausreichend gegen vorherrschende Lobbyinteressen von Industrie und Wirtschaftsverbänden durchsetzen. Gerade deshalb haben auch Umwelterkrankungen aufgrund von Chemikalien, Schwermetallen, Pestiziden oder Strahlen in den vergangenen Jahren stärker zugenommen.

Zusammen mit der Zivilgesellschaft haben die Grünen im Europäischen Parlament Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz erfolgreich verknüpft, oft gegen massive Lobbyinteressen seitens der Industriekonzerne. Wir werden uns auch weiterhin im Europaparlament für strengere Umwelt- und Gesundheitsnormen bei Chemikalien, Pestiziden, elektromagnetischen Strahlen, Nanotechnologie usw. einsetzen. Deshalb verfolgen wir die Verhandlung von internationalen Handelsabkommen besonders kritisch. Europäische Normen zum Schutz von Mensch und Umwelt dürfen nicht verwässert werden.

déi gréng werden gleichfalls darauf drängen, dass die Dominanz der Industrievertreter in europäischen Expertengremien (beispielsweise Europäische Arzneimittel Agentur - Emea, Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit - Efsa, Scientific Committee on Health and Environmental Risks- SCHER, Scientific Committee on Emerging and newly Identified Health Risks – SCENIHR) abgebaut wird.

déi gréng werden sich für eine stärkere Berücksichtigung von Prävention, Umwelt und Gesundheit in der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und in der Forschung einsetzen. Auch sinnvolle komplementärmedizinische Therapieansätze sollten vorurteilsfrei erforscht und gegebenenfalls stärker anerkannt und gefördert werden.

11. Essen statt Agrosprit

Aus Nahrungspflanzen hergestellter Kraftstoff ist keine nachhaltige Lösung für Klima-, Energie- und Armutskrisen. Die Verbrennung von Agrosprit in Automotoren hat die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schnellen lassen. Kleinbauern verlieren ihre Ländereien und Regenwald wird zerstört. Dadurch ist in den Entwicklungsländern die Ernährungssicherheit von Millionen von Menschen bedroht. Die Europäische Union sollte diese Trends nicht noch verschärfen, indem sie die Landnutzung für Kraftstoffe fördert. Die Nutzung von Nahrungsmittelpflanzen für Kraftstoffe muss komplett aufgegeben werden. Stattdessen müssen wir uns auf nachhaltigere Verkehrsmodelle konzentrieren, einschließlich der besseren Effizienz für Autos und der Gewinnung von Kraftstoffen aus Abfallprodukten.

Wir werden uns weiterhin stark machen für alternative, erneuerbare Agrarkraftstoffe, die nicht aus Nahrungsmittelquellen stammen und deren Produktion nach strengen Klimasicherheitskriterien erfolgt. Solche Kraftstoffe können beispielsweise aus Abfall, Holzabfällen oder Algen hergestellt werden und so das Klima weniger belasten. Die langfristige

Lösung liegt jedoch in nachhaltigen Verkehrsmodellen und besserer Kraftstoffeffizienz aller Fahrzeuge.

12. Bessere Lebensmittel für ein besseres Leben

Unsere Nahrungsmittelkette funktioniert schlecht. Basierend auf Pestiziden, Monokulturen und Antibiotika floriert die industrielle Landwirtschaft auf Kosten unserer Gesundheit, der Umwelt und zunehmendem Tierleiden. Immer wieder auftretende Lebensmittelskandale haben berechtigterweise dazu geführt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Lebensmittel und deren Herkunft verunsichert sind. Agrosprit in Kombination mit Finanzspekulation auf Grundnahrungsmitteln hat zu steigenden Nahrungsmittelpreisen und zunehmendem Hunger in der Welt geführt.

Wir wollen eine große Bandbreite an nachhaltigen, gesunden, schmackhaften und ethisch unbedenklichen Lebensmittel fördern. Das beinhaltet die Förderung regionaler Produktionsketten, der ökologischen Landwirtschaft und der Einfuhr von Fair-Trade-Produkten aus Entwicklungsländern. Europa wirft pro Jahr horrend 90 Millionen Tonnen Lebensmittel weg. Damit muss Schluss sein, deshalb treten wir ein für eine Reduzierung der Lebensmittelverschwendung durch die Abschaffung unsinniger Handelsnormen (wie z.B. Größe der Kartoffeln, Länge der Bananen,...), die nichts mit der Ernährungsqualität von Lebensmitteln zu tun haben wie auch für die Abschaffung von schädlichen Subventionen, die auf Masse statt Klasse bei der Nahrungsmittelerzeugung setzen.

Dagegen fordern wir eine deutlich verbesserte Bildung bezüglich von Ernährungsfragen in den Schulkantinen. Die überarbeitete Richtlinie zur öffentlichen Beschaffung sollte genutzt werden, um vorrangig lokal produzierte Lebensmittel aus biologischem Anbau in den öffentlichen Kantinen anzubieten.

Die derzeitigen Kennzeichnungsvorschriften sehen keine ausreichenden Informationen für Veganer und Vegetarier vor und viele scheinbar vegetarische Lebensmittel enthalten Stoffe tierischen Ursprungs, ohne dass dies aus der Kennzeichnung hervorgeht. Deshalb werden die gräng harmonisierte Vorschriften über die Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Erzeugnissen umsetzen, um es den VerbraucherInnen in der EU zu ermöglichen, die von ihnen gewählte Ernährungsform zu praktizieren.

13. Ökologisierung der Landwirtschaft

Unsere Landwirtschaft muss klimafreundlicher und nachhaltiger werden. Das Europäische Parlament ist jetzt gleichberechtigt mitverantwortlich für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ; bei der jüngsten Reform der GAP aber wurde die Chance zur Schaffung eines nachhaltigen, umweltschonenden Modells für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vertan. Wir benötigen eine gerechtere Verteilung öffentlicher Gelder, einschließlich großzügigerer Unterstützung der Kleinbauern, der regionalen Produktion und des regionalen Verkaufs sowie der ökologischen Landwirtschaft. Wir müssen die Bodenfruchtbarkeit erhöhen und schädliche Exportsubventionen streichen, um schlussendlich dem industriellen Anbau den Rücken zu kehren.

Wir sind gegen die weitere Privatisierung von Saatgut und Pflanzenmaterial in den Saatgutvorschriften der EU. Wir werden unsere Kampagne für einen gerechten und uneingeschränkten Zugang zu Pflanzenzuchtmaterial und gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren fortsetzen.

Der Verlust der Biodiversität in der Landwirtschaft und ein übermäßiger Pestizideinsatz haben zur Zerstörung von Lebensräumen und zu einem drastischen Rückgang der Bienen- und

weiterer Insektenpopulationen geführt. Dadurch ist die natürliche Bestäubungskette beschädigt. Wenn wir gesundes regionales Obst und Gemüse wollen, müssen wir den Bienen eine Chance geben.

14. Keine Gentechnik in den Lebensmitteln

déi gréng widersetzen sich gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Lebensmitteln und in der Landwirtschaft. Den Kampf gegen den Anbau von GMO in Europa, für gentechnikfreie Lebensmittel und ein Importverbot von GMO für Tierfutter werden wir auch weiterhin anführen.

Wir werden auf unserem Recht bestehen, weiterhin verbindliche europäische Regeln aufzustellen und verlangen eine GMO-Kennzeichnungspflicht, auch bei außereuropäischen Importen. Europäische Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf zu erfahren, woraus ihr Essen besteht und woher es kommt.

15. Mehr Fische im Meer

déi gréng haben eine Führungsrolle im Kampf für eine nachhaltigere Gemeinsame Fischereipolitik gespielt. Die bisherige Praxis, den Beifang zurück ins Meer zu werfen, führt zu einer massiven Nahrungsmittelverschwendung und ist daher jetzt verboten. Fischbestände werden besser bewirtschaftet und die Kapazität der Fangflotte besser reguliert. Jetzt kann man nicht nur sehen, woher der Fisch kommt, sondern auch wie er gefangen wurde. Es bleibt noch viel zu tun, um diese Reformen umzusetzen und sicherzustellen, dass Schlupflöcher nicht ausgenutzt werden. Wir werden weiterhin für bessere Kontrollen der intensiv betriebenen und stark umweltbelastenden Aquakultur kämpfen und werden uns darüber hinaus weiterhin dafür einsetzen, dass der kleine, regionale Fischfang in- und außerhalb der Europäischen Union gerechter behandelt wird.

16. Tierschutz

Wir sind für unser Engagement für Tierschutz bekannt und unsere Abgeordneten sind im Europäischen Parlament ganz vorne dabei, wenn es um Bestrebungen geht, immer bessere Standards für das Wohlergehen der Tiere zu erreichen. déi gréng haben gemeinsam mit den europäischen Grünen den Kampf gegen Tierversuche unter EU-Gesetzgebung angeführt und werden ihn auch fortsetzen. Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung, die die Massentierhaltung nicht mehr fördert und die Transportzeiten von Nutztieren drastisch reduziert und Exporte lebender Tiere beendet.

déi gréng verurteilen den in den letzten Jahren in Europa verstärkt festzustellenden „Schlachthaus-tourismus“ scharf und setzen sich auf europäischer Ebene in der „8-hours-Campaign“ für die Begrenzung der Transporte von Nutztieren auf maximal acht Stunden ein. Diese Transporte werden nur deshalb durchgeführt, weil in einigen Ländern Dumpinglöhne in den Schlachthöfen gezahlt werden, ein Beispiel für die Verzahnung der sozialen und ökologischen Ausbeutung, der wir in Europa Einhalt gebieten müssen.

Die rezenten Verstöße gegen Tierschutzrechte – insbesondere im Rahmen des mit EU-Mitteln geförderten rumänischen Programmes gegen Tollwut – zeigen, dass die Europäische Union endlich ein umfangreiches europäisches Tierschutzgesetz braucht, das gewährleistet, dass die Würde der Tiere überall in Europa sichergestellt wird.

Auf internationaler Ebene muss die EU energischer gegen Wildtierhandel vorgehen und sich stärker für den Schutz der Meeressäuger einsetzen.

Europas Verantwortung in der Welt

Die Europäische Union ist oft eine widerwillige Mitspielerin in der Weltpolitik gewesen und reagierte mehr, als dass sie agierte. Wir wollen, dass die EU bei der Einhaltung der Werte Gerechtigkeit und Solidarität sowie bei der Durchsetzung des Weltfriedens eine wichtige internationale Rolle einnimmt. Wir wollen, dass die Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik finden. Die EU sollte starke und gerechte Partnerschaften mit den Ländern des globalen Südens eingehen, die darauf abzielen, Ungerechtigkeiten innerhalb der und zwischen den Gesellschaften durch internationale Zusammenarbeit zu reduzieren.

Wie in Artikel 208 des Vertrages von Lissabon verankert, soll die EU zu diesem Zweck den Grundsatz der entwicklungspolitischen Kohärenz anderer Politikbereiche wie der Außen-, der Agrar- oder der Handelspolitik vollständig umsetzen. Die EU und ihre Partner müssen zusammenarbeiten, um Lösungen für Probleme wie Klimawandel, Verbreitung von Atomwaffen und regionale Konflikte weltweit zu finden. Glaubwürdig kann nur eine demokratische, rechenschaftspflichtige und transparente Zusammenarbeit sein. Wir wollen, dass die Europäische Union multilaterales globales Regieren unterstützt sowie die Rolle der UNO, die Rechtsstaatlichkeit und die Schutzverantwortung verstärkt und reformiert. Zivile Konfliktprävention, die es ermöglicht, Spannungen frühzeitig zu erkennen, sowie zivile Konfliktlösung müssen immer Vorrang vor Militärintervention genießen.

17. Menschenrechte ernst nehmen

Dank des Druckes der europäischen Grünen wurde ein EU-Sonderbeauftragter für Menschenrechte ernannt, um so die Sichtbarkeit der Menschenrechtspolitik der EU zu fördern.

Die EU muss ihre Versprechen zur Einhaltung der Menschenrechte in die Tat umsetzen. Dazu zählt ein starkes Engagement für die grundlegenden humanitären Grundsätze: Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität. Die EU muss effizienter werden und ihrer Stimme für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit und der Menschenrechte, einschließlich der sozioökonomischen und umweltpolitischen Rechte in- und außerhalb der EU mehr Gehör verschaffen. Im Besonderen soll sie eine Führungsrolle übernehmen, wenn gesetzlich verbindliche Regeln für die soziale Verantwortung von Unternehmen aufgestellt werden.

Für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele, zu denen die Bekämpfung der Armut, des Hungers, der Umweltzerstörung und der Ausgrenzung der Frauen gehören, hat die Europäische Union bei weitem nicht genug getan. Wir wollen das jedoch als Motivation betrachten, um starke neue Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen. Deshalb wollen wir, dass die Überarbeitung der Millennium-Entwicklungsziele einerseits und der UN-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung andererseits, zusammengeführt werden, damit in einem einzigen gemeinsamen Rahmen gemeinsame Zielsetzungen definiert werden, um Armut zu beseitigen und nachhaltige Entwicklung nach 2015 zu fördern. Wir fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen und 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Entwicklungshilfe zu investieren.

Die EU sollte die Menschenrechte sowohl in ihre Außenpolitik als auch in die Handelspolitik einbinden. Genauso sollte der Kampf gegen Korruption, Geldwäsche, Steueroasen, illegale Kapitalströme und schädliche Steuerstrukturen eine der Prioritäten auf der EU-Entwicklungsagenda sein.

Wir wollen die Bekämpfung des Menschenhandels vorantreiben. Dies kann gelingen, wenn auch auf internationaler Ebene in den Bereichen Strafverfolgung und Opferschutz eng

zusammengearbeitet wird. Gerade um von sexueller Ausbeutung betroffenen Opfern von Menschenhandel helfen zu können, muss ihnen neben präventiven Schutzmaßnahmen auch ein uneingeschränkter Zugang zu Unterstützung und Betreuung sichergestellt werden. Zudem muss ihnen mit einer sicheren Unterkunft, materieller Unterstützung, medizinischer Versorgung und einer Aufenthaltserlaubnis zumindest für eine angemessene Zeit geholfen werden. Das würde die Aussagebereitschaft der Opfer erhöhen und die Strafverfolgung der Täter und Täterinnen erleichtern.

18. Friedenspolitik

Dieses Jahr gedenken wir des Ersten Weltkriegs, der vor 100 Jahren ausbrach. Die Europäische Union wurde gegründet, um nach zwei verheerenden Weltkriegen den Frieden zu sichern und Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen. Jedwede mögliche Frustration über die derzeitigen EU-Mängel sollte uns nicht dazu verleiten, diese große Errungenschaft zu vergessen. In ihr ruht das Versprechen, dass Frieden möglich ist, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Ein vereintes Europa sollte alles in seiner Macht Stehende tun, um dazu beizutragen.

dei gréng wollen, dass die EU aktiv Gewaltlosigkeit und eine Kultur des Dialogs, der Mediation, Versöhnung und Zusammenarbeit fördert. Die EU hat eine wichtige Rolle bei Konfliktprävention, ziviler Konfliktlösung, Abrüstung, Waffenkontrolle, Friedensaufbau und -wahrung inne und muss diese auch fortsetzen. Das unter dem neuen Europäischen Auswärtigen Dienst geschaffene „Gemeinsame Team zur Unterstützung der Vermittlungsbemühungen“ sollte weiter gefördert werden.

Wir sind ebenfalls der Meinung, dass die Europäische Union den Vereinten Nationen dabei helfen sollte, effizientere Instrumente der Deeskalation zu entwickeln, falls erforderlich auch zur Durchsetzung des Friedens. Alle bestehenden und zukünftigen Versuche, den Militärsektor der Mitgliedstaaten in eine gemeinsame Verteidigungsmacht umzuwandeln, sollten den Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik untergeordnet sein und nur dazu dienen, Frieden und Deeskalation voranzubringen. Auf diese Weise können die möglichen Kapazitäten verstärkt werden, die die EU der UN zur Verfügung stellen sollte.

Wir erachten das Konzept der „Schutzverantwortung“ der UN als einen Fortschritt. Aber die EU muss ihren Beitrag leisten, die Regeln für dessen Anwendung in ein Gesamtkonzept zu fassen bzw. zu kontextualisieren. Die EU muss dabei helfen, Grundpfeiler des Friedens durch die Förderung der Freiheit, die Beseitigung der Armut und durch zunehmendes gegenseitiges Verständnis der Kulturen zu fördern. Jetzt ist es wichtig, die parlamentarische Kontrolle der militärischen Operationen der EU zu stärken, indem das Europäische Parlament am Entscheidungsprozess teilnimmt.

Die europäischen Grünen haben erreicht, dass ein viel größerer Anteil des EU-Haushalts für Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention eingesetzt wird. Wir unterstützen auch die Idee eines EU-Friedenskorps und die Gründung eines EU-Instituts für Frieden. Wir sind gegen die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Forschung zur Entwicklung europäischer Drohnen und wollen auf keinen Fall, dass Europa eine Atomlagerhalle wird. Wir werden weiterhin für nukleare Abrüstung („Global Zero“) kämpfen und konkrete Schritte einleiten, damit in Europa und im Nahen Osten eine Zone geschaffen wird, die frei von Massenvernichtungswaffen ist. dei gréng wollen auch Waffen verbieten, die beispielsweise angereichertes Uran und weißen Phosphor enthalten. Investitionen europäischer Banken, Rentenfonds, Versicherungsfirmer und anderer Unternehmen zur Produktion von Landminen und Streumunition müssen ebenfalls verboten werden.

Der europäische Waffenhandel mit dem Mittleren und Nahen Osten verstärkt die politische Unsicherheit in diesen Regionen. dei gréng wollen diesen Handel eindämmen und solche Exporte, einschließlich der Überwachungstechnologie, wenn diese gegen Freiheitsbewegungen und zivilen Protest eingesetzt werden könnte, verhindern. Extraterritoriale gezielte Tötungen

außerhalb bewaffneter Konflikte durch Drohnen haben die Grenzen der geltenden Rechtsstaatlichkeit durchbrochen. déi gréng fordern die EU auf, sich nicht an Einsätzen zu beteiligen, die zwar unter dem Vorwand des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte aber ohne UN-mandat durchgeführt werden und sich mit jenen UN-Mitgliedern zu verbünden, die ein weltweites Verbot der Verwendung vollautomatischer tödlicher Drohnen fordern.

19. Asyl- und Einwanderungspolitik

Jedes Jahr sterben Tausende Menschen entlang Europas Außengrenzen, wir haben jedoch die Pflicht sicherzustellen, dass Flüchtlinge Schutz erhalten. Nur 4.500 Menschen werden jährlich in Europa aufgenommen (80.000 pro Jahr in den USA). déi gréng lehnen das restriktive System ab, das die EU und ihre Mitgliedstaaten verordnet haben. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX muss Menschenrechtsstandards einhalten: Dafür muss ihr gesamtes Mandat überarbeitet werden, damit auch „Rettungen auf See“ mit abgedeckt sind.

Wir fordern eine grundlegende Revision der Dublin-III-Verordnung, sodass die Asylsuchenden selbst auswählen können, in welchem Land sie Asyl beantragen möchten. Zu diesem Zweck müssen Mitgliedstaaten gemeinsam Verantwortung übernehmen. Anstatt sich abzuriegeln muss die Europäische Union ihre Flüchtlings- und Einwanderungspolitik mit ihrer Entwicklungs-, Außenhandels- und Menschenrechtspolitik unter einen Hut bringen. Wir müssen eine legale und sichere Einreise in die EU ermöglichen und humanitäre Visa einführen. Wir schlagen einen Pakt mit Mittelmeeranrainerstaaten vor, damit weitere Dramen und Todesfälle verhindert werden.

Wir europäische Grüne sind in unserem Kampf für die Gründung eines Gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms erfolgreich gewesen ebenso wie bei der Finanzierung von Programmen zur Neuansiedlung für Flüchtlinge, die sich in einer humanitären Krisensituation befinden. Die Mitgliedstaaten müssen alles tun, um diese Geldmittel vollständig zu verwenden und Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, nicht nur innerhalb der Mitgliedstaaten, sondern auch in den betroffenen Nachbarregionen.

20. Klimawandel

Über viele Jahre hat die Europäische Union eine positive Rolle bei internationalen Klimaverhandlungen gespielt, aber in jüngster Zeit scheint sich dies zu ändern. Es ist eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele von déi gréng, Europa wieder in einen führenden Akteur gegen Klimawandel und Umweltzerstörung zu verwandeln. Der Klimawandel verursacht auf der ganzen Welt Schäden und Leid aufgrund von Wüstenbildung, Bodenerosion, starken Regenfällen oder steigendem Meeresspiegel. Wir wollen, dass das Konzept der Klimaflüchtlinge ins Völkerrecht aufgenommen wird. Daher muss die EU sowohl in internationalen Institutionen als auch zu Hause bei Verhandlungen zur Abschwächung des Klimawandels eine führende Rolle einnehmen. Sie muss ihre Unterstützung für die Eindämmung des Klimawandels und entsprechender Anpassungsmaßnahmen verstärken. „Klimafinanzierung“ spielt eine bedeutende Rolle für Entwicklungsländer und déi gréng werden die EU an ihre Versprechen und Verantwortung erinnern.

„Klimafinanzierung“ muss zusätzlich zur bestehenden Entwicklungshilfe gewährt werden. So sollte die EU beispielsweise einen beachtlichen Teil der Einnahmen der EU-Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Entwicklungshilfe und Bekämpfung des Klimawandels einsetzen. Die Einbeziehung der Umwelt in Entwicklungsprojekte sollte ebenfalls im Zentrum einer EU-Klimawandelstrategie stehen, wobei wirksame Eindämmung des Klimawandels und die daran notwendige Anpassung dazu gehören.

21. Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung

Europa spielt eine unerlässliche Rolle zur Stärkung von Stabilität und Demokratie in seiner direkten Nachbarschaft. Darum halten wir fest an der Politik der EU-Erweiterung und wollen die östliche Partnerschaft stärken - besonders unser Engagement gegenüber Ländern wie der Ukraine, Georgien und Moldawien. Die EU sollte mit den jeweiligen Zivilgesellschaften zusammenarbeiten, den Verteidigern von Freiheit und Demokratie Asyl und Unterstützung gewähren und Stipendien an die Jugendlichen vergeben.

Wir wollen, dass die EU sich stärker auf die Verbesserung der demokratischen Übergänge in den Nachbarländern am Mittelmeer und in Osteuropa konzentriert. Wir unterstützen die EU-Erweiterungsperspektive für alle westlichen Balkanstaaten und werden keines dieser Länder von einem möglichen Beitritt ausschließen, vorausgesetzt, dass es die Mitgliedskriterien erfüllt. Wir wollen gerechte und glaubwürdige Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, damit auch über diesen Weg Fortschritte bei den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit erzielt werden. Darüber hinaus soll die EU ihre Partnerschaften mit anderen bestehenden regionalen Organisationen in Afrika, Südostasien und Lateinamerika stärken.

22. Eine alternative Sicherheitspolitik

Es ist notwendig, die polizeiliche und rechtliche Zusammenarbeit zu verbessern, besonders im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens sowie der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität.

Wir unterstützen die Gründung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, um Betrug mit EU-Geldern zu bekämpfen. Der Europäische Haftbefehl muss reformiert werden, damit der unverhältnismäßigen Auslieferung aufgrund von Bagatelldelikten ein Ende bereitet wird. Die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden sollte auf anerkannten Verfahrensrechten für Verdächtige, Zeugen und Opfer basieren.

Migrantinnen und Migranten sowie Minderheiten dürfen nicht stigmatisiert werden und immer wieder in die Nähe der organisierten Kriminalität gerückt werden. Wir sind nicht bereit, gemäß des vorherrschenden Diskurses zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit, alle Menschen unter Generalverdacht zu stellen und wenden sich gegen andauernde und umfassende Staatsüberwachung.

Spionage und Überwachung wurden seit dem 11. September 2001 dramatisch forciert und viele unserer persönlichen Freiheiten der angeblich kollektiven Sicherheit geopfert. Darüber hinaus wird die schnelle technologische Entwicklung dazu verwendet, alle Daten auf Vorrat zu speichern und erst später wird überprüft, inwieweit diese sich als nützlich erweisen. Infolgedessen verschwimmen die Grenzen zwischen demokratischen Gesellschaften und Polizeistaaten zunehmend. Kontrollen müssen gestärkt werden, damit Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste nur die notwendigen und angemessenen Maßnahmen ergreifen. Whistleblowers wie Edward Snowden sollten Schutz gewährt bekommen. Die Europäische Union sollte solange keine Handelsverhandlungen mit den USA zum Abschluss bringen, wie die Massenüberwachung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie EU-Einwohnerinnen und -Einwohnern durch US-Geheimdienste nicht beendet wird.

Die Speicherung von Flugpassagierdaten stellt einen tiefen Eingriff in unsere Privatsphäre dar. Deshalb muss der Vertrag zwischen der EU und den USA in Bezug auf die Speicherung von Fluggastdaten neu verhandelt werden.

23. Internationale Handelsbeziehungen

Das Europäische Parlament spielt eine bedeutende Rolle in den europäischen Handelsbeziehungen, denn es kann ein Veto bei Handelsabkommen, wie beispielsweise dem ACTA-Abkommen, einlegen. Solche Verhandlungen müssen transparent gegenüber dem Europaparlament geführt werden. Außerdem muss die Koordinierung mit den nationalen Parlamenten verbessert werden. déi gréng sind für eine multilaterale Handelsordnung. Handel muss fair sein und sollte das Sozialmodell der EU nicht untergraben. Zu diesem Zweck sollten Handelsregeln den Menschenrechten, sozialen und umweltpolitischen Rechten sowie den höchsten Umweltnormen untergeordnet sein.

Handel sollte die Entwicklung ärmerer Länder sowie den Übergang zu einem umweltfreundlichen, sozialen, gerechten und demokratischen Entwicklungsmodell unterstützen und nicht behindern. Dies beinhaltet die Schaffung von Handelsabkommen, die verantwortliches ausländisches Investitionsverhalten fördern, während den Entwicklungsländern gleichzeitig ausreichend politischer Raum gewährt wird, um ihre eigenen Entwicklungsstrategien zu verfolgen. Des Weiteren müssen die EU-Märkte den am wenigsten entwickelten Ländern geöffnet werden und die Welthandelsorganisation (WTO) muss wesentlich reformiert werden, damit sie entwicklungsfreundlicher wird.

Derzeit werden viele bilaterale EU-Handelsabkommen verhandelt, insbesondere die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten von Amerika. déi gréng widersetzen sich der fehlenden Transparenz dieser Verhandlungen. déi gréng verteidigen nicht nur öffentliche Interessen und Datenschutz, Normen für Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Arbeit, sondern treten auch dafür ein, diese zu stärken, um den „Green New Deal“ umzusetzen. Wir lehnen es ab, dass in den USA erlaubte biotechnologische Produkte automatisch eine Genehmigung für die EU erhalten. Wir verweigern uns jedweder Schwächung der EU-Gesetzgebung. Wir wehren uns dagegen, dass private Unternehmen demokratisch gewählte Regierungen verklagen können, um ihre Unternehmensinteressen gegen Sozial- oder Umweltreformen durchzusetzen. Wir werden gegen jedes Handelsabkommen mobil machen, das diese Grundsätze nicht in Ehren hält.

Für eine lebendige Demokratie

Mehr Demokratie, nicht weniger, ist die richtige Antwort auf die Krise. Wir glauben, dass mehr Bürgerbeteiligung, Rechenschaftspflicht und Transparenz wichtig sind, um die Legitimität für die zukünftige europäische Zusammenarbeit zu stärken. Wir europäische Grüne setzen uns für verstärkte Transparenz im gesamten Entscheidungsfindungsprozess ein, angefangen bei der Kommission über andere EU-Organen bis hin zu den Mitgliedstaaten. Das beinhaltet jedoch auch das Recht der Bürgerinnen und Bürger, die Zukunft der Union durch ihre Wahl zu beeinflussen.

24. Keine Demokratie ohne Geschlechtergleichstellung

deí gréng setzen sich für ein Gender-Mainstreaming auf europäischer Ebene ein; das bedeutet, dass sämtliche Politikfelder sich am Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit orientieren. Gender-Demokratie heißt, dass Frauen gleichberechtigt am öffentlichen Leben sowie an Entscheidungsprozessen in Institutionen und Betrieben teilnehmen können. Wir unterstützen die Kommission deshalb in ihrem Vorstoß für verbindliche Frauenquoten in Firmenverwaltungsräten. Beim aktuellen Tempo wird es allerdings 50 Jahre dauern, bis es EU-weit 40% Verwaltungsrätinnen in den Betrieben gibt. Deshalb fordern wir eine verbindliche Quote um dieses Ziel bis 2020 zu erreichen.

Um eine wirkliche Geschlechtergleichstellung durchzusetzen, braucht die EU allerdings auch eine wesentlich umfassendere Herangehensweise gegenüber geschlechtlich motivierter Gewalt, z.B. über eine EU- Richtlinie zur Vermeidung von Gewalt gegen Frauen (Prävention, Schutz, Verfolgung) inklusive sexueller Übergriffe in Ehe und Partnerschaft.

25. Bürger und Bürgerinnen entscheiden mit

Wir wollen die Möglichkeiten für mehr demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbessern. deí gréng haben dazu beigetragen, die Europäische Bürgerinitiative einzuführen. Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu wagen: Wir wollen den Handlungsspielraum der Europäischen Bürgerinitiative ausweiten und sie effizienter und bürgerfreundlicher machen. Wir wollen auch die Rechtsbasis für ein EU-weites Referendum schaffen. Die Beispiele der Bürgerinitiative gegen die Wasserprivatisierung (Right2Water) oder unsere Petition zur Saatgutfreiheit zeigen, dass der Einsatz der Bürger und Bürgerinnen für demokratische Mitbestimmung Wirkung zeigt.

Wir werden weiterhin gegen die gut vernetzten und finanzstarken Lobbys der agro-chemischen Industrie und der großen Saatgutkonzerne vorgehen und fordern Nahrungsmittelsouveränität, damit die Bürger und Bürgerinnen die Kontrolle behalten über ihr Essen, ihre Lebensmittelproduktion und die Verarbeitungsprozesse.

In einem EU-Mitgliedstaat, in dem die Bürgerinnen und Bürger ihrer Rechte beraubt werden, ohne dass das Rechtssystem dieses Landes rechtliche Schritte dagegen unternimmt, sollten diese die Möglichkeit haben, gerichtliche Schritte am Europäischen Gerichtshof einzuleiten.

26. Die Rolle der Abgeordneten stärken

Durch die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben die Bürgerinnen und Bürger ein Mitspracherecht bei vielen wichtigen Themen unserer Zeit, ob beim Klimawandel, der Bankenregulierung, der Flüchtlingskrise oder der Jugendarbeitslosigkeit. Auch wollen wir

dem Europäischen Parlament eine wichtigere Rolle beim EU-Krisenmanagement und der Wirtschaftspolitik einräumen. Wir wollen das Wahlalter für die Europawahlen auf 16 Jahre senken und die Möglichkeit schaffen, Listen mit transnationalen Kandidaten einzuführen.

Politische Parteien sollten in der ganzen EU ein Geschlechter-Quotensystem für Kandidatenlisten einführen; dies sollte sowohl für Parteiorgane als auch für die nationalen und die Europawahlen gelten. Die Mitgliedstaaten sollen jeweils einen Mann und eine Frau bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder vorschlagen. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sollten sich das Ziel setzen, dass Männer und Frauen zu je 50 % als Präsidenten, Vizepräsidenten, Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende in nationalen Parlamenten und im EU-Parlament vertreten sind.

Das Europäische Parlament muss mit dem, ihm durch den Vertrag von Lissabon gewährten, wachsenden Einfluss verantwortlich umgehen und darf nicht von Lobbyinteressen ausgehöhlt werden. Ebenso ist im Rat der Europäischen Union mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht erforderlich.

Für eine breitere und offenere Debatte ist es notwendig, dass die nationalen Parlamente mehr Verantwortung übernehmen, indem sie eine bessere Kontrolle ihrer Regierungen in die Wege leiten in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten. Wir wollen auch den nationalen Parlamenten mehr Spielraum einräumen, damit diese darauf reagieren können, wenn die EU sich nicht an die Regeln der Subsidiarität hält und somit ihre Befugnisse überschreitet. Nationalen Parlamenten sollten auch mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament angeboten werden.

27. Kampf gegen Korruption und Betrug

Die Europäische Union benötigt eine stärkere Antikorruptionspolitik und wirksamere Instrumente für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Weniger Korruption führt zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gleichzeitig aber auch zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Wenn sich EU-Beamte oder -Abgeordnete in ihren Beziehungen zu Lobbyisten korrupt verhalten, sollten sie auf sehr deutliche Reaktionen stoßen. Große Unternehmen beeinflussen die Kommission immer noch zu sehr. Die von der Kommission ernannten Expertengruppen bestehen immer noch zu 80% aus VertreterInnen großer Unternehmen, trotz gegenteiliger Versprechen seitens der Kommission.

Eine Verordnung muss eingeführt werden, um das Problem des „Drehtür-Effekts“ anzupacken. Es darf hochrangigen Bürokraten aus europäischen Institutionen nach ihrem Abgang aus der Politik nicht möglich sein, sofort in der Privatwirtschaft zu arbeiten, die sie in ihrer Amtszeit regulieren sollten.

Wir wollen die Demokratie vor Korruption schützen, indem die Finanzierung politischer Parteien, Kandidaten und Wahlkampfkampagnen begrenzt und vollständig transparent wird. Die EU muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, indem verbindliche Regeln aufgestellt werden, die die Transparenz der Finanzierung nationaler politischer Parteien und Kandidaten, die sich für das Europäische Parlament zur Wahl aufstellen, absichern. Wir wollen dem Europäischen Gerichtshof und dem Europäischen Rechnungshof stärkere Instrumente zur Verfügung stellen, so dass sie besser kontrollieren können, wie EU-Gelder ausgegeben werden und damit gegen Korruption sowohl innerhalb der EU-Institutionen als auch im Falle ernsthafter Probleme innerhalb der Mitgliedstaaten vorgehen können.

28. Mehr eigene Ressourcen für den EU-Haushalt

Der EU-Haushalt muss viel stärker aus eigenen Mitteln gespeist werden, um die Abhängigkeit von nationalen Beiträgen zu reduzieren. Das gemeinsame Interesse wird bei Verhandlungen zwischen den Regierungen oft übersehen. déi gréng haben einen harten Kampf für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz im Haushaltsprozess geführt. Wir schlagen auch eine stärkere Partizipation der Bürgerinnen und Bürgern vor: diesen könnte das Recht gewährt werden, sich für Pilotprojektinitiativen zu bewerben, die vom Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments bewilligt sind.

29. Eine digitale Grundrechtecharta

déi gréng stehen im Europäischen Parlament im Kampf für digitale Rechte an der Spitze. Wir haben dazu beigetragen, das ACTA-Abkommen zu stoppen und setzen uns für ein starkes europäisches Datenschutzgesetz, strikte Netzneutralität und eine moderne Netzkultur ein. Es wird höchste Zeit den Kampf für Bürgerrechte auch in der digitalen Welt zu führen, unsere Grundrechte in der virtuellen Welt zu festigen und ebenso durchzusetzen wie in der realen Welt. Wir brauchen eine neue digitale Grundrechtecharta, die unter anderem auch die systematische Massenüberwachung der Menschen unterbindet.

Die Digitalisierung unserer Lebensweise birgt die Gefahr, dass persönliche Freiheiten und Rechte durch unsichtbares und unkontrolliertes Datensammeln eingeschränkt oder gar zerstört werden, beispielsweise durch Suchmaschinen, soziale Netzwerke, verfolgbare Handys, Überwachungskameras, Vorratsdaten. Edward Snowdens Aufdeckungen der systematischen politischen und wirtschaftlichen NSA-Spionage, unter anderem auch gegen EU-Institutionen, haben gezeigt, dass Datenschutz zu einer modernen vernetzten Gesellschaft genauso gehören muss wie Umweltschutz, der zu einer funktionierenden Wirtschaft beiträgt. Deshalb treten déi gréng für informelle Selbstbestimmung, für starke Datenschutzgesetze und Datensparsamkeit bei personenbezogenen Daten ein. Die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung wollen wir rückgängig machen.

Nur mit einem einheitlichen, starken EU-Datenschutz, so wie er vom grünen Berichterstatter im Europäischen Parlament verteidigt und jetzt in den Verhandlungen mit den Regierungen eingebracht wurde, können wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger effektiv schützen und hohe internationale Standards durchsetzen.

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen jedoch auch neue Möglichkeiten des Lernens, des Teilens und der Vermehrung von Wissen und Kultur, der kreativen Gestaltung und technologischer Innovation, der politischen Partizipation und des weltweiten Austauschs. Gerade das Internet ist zu einem Werkzeug sozialer Emanzipation und Meinungsfreiheit geworden. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, die Netzneutralität, d.h. den gleichen Zugang und gleiche Nutzungsbedingungen für alle, im Internet zu schützen. Das Prinzip der Netzneutralität gerät aber in letzter Zeit immer stärker unter Druck. Deshalb setzen sich déi gréng für die verbindliche Verankerung einer strengen Definition der Netzneutralität im europäischen Recht ein.

30. Wahrung der Rechtsstaatlichkeit

Der europäische Staatenverbund wurde auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte gegründet. déi gréng gehen, wenn es um die Menschenrechte geht, keine Kompromisse ein. Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern müssen maßgebend sein. Es besteht ein starker Frauenmangel in den EU-

Institutionen. Wahre Demokratie beinhaltet eine paritätische Teilnahme von Frauen und Männern.

In vielen Mitgliedstaaten werden homo-, bi-, inter- und transsexuellen Bürgerinnen und Bürgern immer noch keine gleichen Rechte gewährt. déi gréng werden auf eine wirksame Antidiskriminierungspolitik drängen, um diese Ungerechtigkeit zu überwinden. Wir sind langjährige Fürsprecher für die Ausweitung der Antidiskriminierungsrichtlinien zu einer vollständig ausgereiften Gleichheitsrichtlinie.

Damit die demokratischen Rechte gewahrt und anerkannt werden, müssen wir die Integrität der Rechtsstaatlichkeit sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene beibehalten. Wird in einem Mitgliedstaat gegen diese Grundsätze verstoßen, fehlt es der Europäischen Union an wirksamen Überwachungs- und Sanktionsinstrumenten. Darum fordern déi gréng die Gründung einer Kommission, die im Einklang mit den EU-Verträgen und der Europäischen Menschenrechtskonvention überprüft, ob die demokratischen Forderungen, die an einen EU-Beitrittskandidaten gestellt werden, auch von den Mitgliedsländern erfüllt werden. Es muss gewährleistet werden, dass es nach dem Beitritt nicht zu Autoritarismus und Vetternwirtschaft kommt. Die derzeitigen Einschränkungen der Grundrechtecharta sollten aufgehoben werden, damit die eindrucksvolle Liste der Garantien und Schutzmöglichkeiten in der Praxis für alle Bürgerinnen und Bürger gilt, egal wo diese leben.

31. Eine grüne demokratische Reform der EU

Demokratie ist nie vollendet. Klimawandel und Globalisierung sind zwei Herausforderungen, denen man mit einem besseren Entscheidungsfindungsprozess begegnen muss. déi gréng sind davon überzeugt, dass der derzeitige institutionelle Rahmen der Europäischen Union der aktuellen Situation nicht gewachsen ist. Die Entwicklung der Eurozone und der Bankenunion bedeutet, dass wir angemessene demokratische Reformen benötigen, die die europäischen Institutionen stärken.

Unsere Vorschläge für mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Rechenschaftspflicht auf EU-Ebene verlangen nach klaren Veränderungen in der Funktionsweise der Union. Das Europäische Parlament sollte das Recht haben, Gesetze zu initiieren. Es benötigt mehr gesetzgeberische Mitentscheidungsbefugnis, während nationale Vetorechte verringert werden müssen. Andererseits müssen mehr Entscheidungen bürgernah gefällt werden.

Europa braucht frische Anstrengungen für die Integration. Daher wollen wir einen neuen demokratischen Konvent, der die Zukunft der europäischen Integration bestimmt. Ein Konvent mit starker parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe, dessen Prozeduren vollkommen transparent und demokratisch sein müssen. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten durch ein EU-weites Referendum ein Mitspracherecht haben.

32. Für eine lebendige Kultur

déi gréng setzen sich dafür ein, dass die bestehenden EU-Kulturprogramme (z.B. für Film oder für länderübergreifende Projekte in anderen Kultursparten) weitergeführt werden. Dabei ist es wichtig, dass administrative Hürden abgebaut werden, damit auch kleinere Strukturen in den Genuss europäischer Fördermittel kommen können.

Außerdem werden déi gréng sich dafür einsetzen, dass Künstler einfacher grenzübergreifend arbeiten können, denn leider ist die Freizügigkeit der Kultur-Arbeiter durch mannigfaltige nationale Regelungen oder administrativen Aufwand noch sehr eingeschränkt.

déi gréng stehen auch dafür, dass Kulturschaffende eine angemessene Vergütung ihrer Leistungen und der Nutzung ihrer Werke erhalten. So steht beispielsweise das sogenannte

“Filesharing” von urheberrechtlich geschützten Werken in Konflikt zum bestehenden Recht des Austauschs von Kulturgütern in der realen Welt. Diesen Konflikt müssen wir lösen und das bestehende Recht an die Gegebenheiten des Internetzeitalters anpassen. Auf diese Weise können wir eine neue, faire Balance zwischen den Interessen von Kulturschaffenden und ihren Nutzern finden. Eine sinnvolle Reform des Urheberrechts kann aber nur grenzüberschreitend, bzw. auf EU-Ebene, umgesetzt werden.

In diesem Sinne werden die grüngen verhindern, dass private Netzprovider zur privaten Kontroll- und Polizeiinstanz werden, sie werden die Entkriminalisierung der nicht-kommerziellen Internet-Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken fördern und Modelle einer pauschalen Downloadlizenz (“Kulturflatrate”) für Internetabos und mögliche Alternativkonzepte prüfen, mit deren Einnahmen die Urheber entlohnt werden.

33. Sport

Sport und vor allem der Breitensport fördert den sozialen Zusammenhalt über unterschiedliche Bevölkerungsschichten und Landesgrenzen hinweg. Außerdem kommt er dem natürlichen Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen nach Bewegung und physischen Aktivitäten entgegen. Auf diese Weise fördern sportliche Aktivitäten die Lebensqualität der Menschen und dies bis ins hohe Alter.

Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages hat die Europäische Union auch etliche Kompetenzen in Sachen Sport erhalten und sollte in diesem Bereich eine wichtigere Rolle spielen. Gerade die rezenten Wettskandale, die unlauteren Finanzierungen von Profivereinen im Fußball, Dopingskandale und einige unerfreuliche Entwicklungen im Jugendsport zeigen, dass eine bessere europäische Koordinierung notwendig ist um Schaden vom Sport abzuwenden.

Die grüngen werden sich im Dialog mit den Verantwortlichen der Sportwelt dafür einsetzen, dass diese Auswüchse effektiv bekämpft werden und mithelfen, die Mittel des EU-Budgets zu mobilisieren für grenzüberschreitende Projekte, die völkerverbindende Aspekte des Sportes fördern.